

Stadtkämmerer: Grund- und Gewerbesteuer erhöhen

„Beim Ausblick auf das Haushaltsjahr 2003 könnten wir den Kopf in den Sand stecken“, leitete Stadtkämmerer Bernd Hellmann im Finanzausschuss seine Ausführungen zum Haushaltsplan ein. „Aber das tun wir nicht“, fuhr er fort. Nach dem Motto, 2002 war für alle ein besonders schlechtes Jahr, da kann es besser werden, versuchte er bei den Politikern einen Funken Optimismus zu entfachen. Vielleicht auch, weil die Verwaltung nicht ganz unstrittige Positionen in den Haushaltsentwurf geschrieben hat. Jeder zweite Beamte im Rathaus soll in eine bessere Gehaltsklasse gestuft werden. Im Gegenzug schlägt Hellmann vor, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen.

„Beim Ausblick auf das Haushaltsjahr 2003 könnten wir den Kopf in den Sand stecken“, leitete Stadtkämmerer Bernd Hellmann im Finanzausschuss seine Ausführungen zum Haushaltsplan ein. „Aber das tun wir nicht“, fuhr er fort. Nach dem Motto, 2002 war für alle ein besonders schlechtes Jahr, da kann es besser werden, versuchte er bei den Politikern einen Funken Optimismus zu entfachen. Vielleicht auch, weil die Verwaltung nicht ganz unstrittige Positionen in den Haushaltsentwurf geschrieben hat. Jeder zweite Beamte im Rathaus soll in eine bessere Gehaltsklasse gestuft werden. Im Gegenzug schlägt Hellmann vor, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen.

Obernkirchen. Vor dem Hintergrund eines Defizits von 3 340 100 Euro, das die Stadt aktuell vor sich her schiebt (1,1 Millionen aus dem vergangenen Jahr und voraussichtlich 2,2 in diesem) sparten die Politiker, insbesondere aus den Reihen der Gruppe „Mitte“, nicht mit Nachfragen. Der Stadtkämmerer sah sich in

Rechtfertigungszwang: „Wir hatten das schon 2002 vorgetragen“, erklärt er. „Seit der Haushaltskonsolidierung, also seit sieben Jahren, schieben wir Beförderungen vor uns her.“ Irgendwann müssten Führungskräfte wie Sacharbeiter auch mal wieder sehen, dass sich jahrelange Leistung lohnt. Außer den Beförderungen schlagen auch die neuen Tarifregelungen zu Buche. Insgesamt liegen die Personalkosten im Haushaltsentwurf 2003 fast 100 000 Euro über den Zahlen aus dem vergangenen Jahr. Bürgermeister Horst Sassenberg (CDU) erkundigte sich, ob die Stadt sich besser stellen würde, wenn sie aus den Tarifvereinbarungen mit dem kommunalen Arbeitgeberverband aussteigen würde.

Aber auch Hellmann sendete deutliche Signale, dass die Stadt mittel- und langfristig nicht um eine weitere – auch personelle – Verschlankung der Verwaltung herum komme. Er will diese Diskussion jedoch in eine größere Grundsatzdiskussion einbetten. „Erst müssen wir uns Gedanken über die Aufgaben machen, die wir noch erledigen wollen, dann über das Personal, das wir einsparen können.“ Hellmann regte an, Obernkirchen nicht mehr als Stadt mit der Größe von 10 000 bis 15 000 Einwohner einzustufen. Die Bergstadt könnte diese Grenze schon bald unterschreiten. Die Einwohnerzahl liegt bei 10 300 Bürgern, Tendenz fallend. Von 1997 bis 2002 habe sich die Zahl um 340, also um rund drei Prozent, verringert.

Eine Einstufung als Gemeinde mit der Größenordnung zwischen 5000 und 10 000 Einwohnern würde Einsparungen in der vorzuhaltenden Infrastruktur, den zugeteilten Aufgaben und dem Personal nach sich ziehen. „Weniger Leistungen für die Bürger“, fasste Hellmann zusammen. Vor dem Hintergrund, dass Obernkirchen eigentlich bereits seit Jahren einen strikten Sparkurs fahre, „ist es jetzt nicht ganz einfach, sich noch was Neues auszudenken“. Mit weniger Leistungen allein dürfte es für die Obernkirchener nicht getan sein. „Wir könnten über eine Erhöhung der Grundsteuer nachdenken, wir sollten über eine Erhöhung der Gewerbesteuer nachdenken“, so Hellmann.

In einem ersten Ideenpapier für das vom Landkreis geforderte neue Konsolidierungsprogramm tauchen weitere Stichpunkte auf, hinter denen sich nach Auffassung der Verwaltung Sparpotenziale verbergen: Straßenausbaubeitragssatzung, Schwimmbad-Zuschuss, Ortsräte, Gebäudewirtschaft, Organisation der Feuerwehr, Sportstättennutzungsgebühr, Kooperation mit einer benachbarten Gemeinde. Hellmann wies außerdem darauf hin, dass die Kindertagesstättengebühren nicht ausreichen würden, um die Kosten zu decken. Auch am Agenda-Büro soll der Rotstift angesetzt werden – „An der Organisation wollen wir sparen, die Arbeit der Agenda stellen wir nicht in Frage“, stellte er klar.

Schaumburger Nachrichten, 15.01.03 (tk)